



über die
2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 06.05.2008
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Gabriele Bartosch
Frau Marion Dyduch
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke

CDU

Herr Wilhelm Kemna
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Herr Detlef Maidorn

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Frau Susanne Hartmann
Frau Gertrud Sändker
Frau Svenja Schnober
Herr Jörg Theis

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG

Herr Reiner Brüggemann
Herr Frank Ibrom
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Ludger Krampe
Frau Dr. Gabriele Krumme
Herr Gerhard Peske
Herr Kurt Reinholz
Herr Herbert Ritter

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt
Herr Hans-Peter Kaminski

Ortsvorsteher
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Jürgen Dunker
Herr Johannes Gibbels
Herr Klaus Güldenhaupt
Frau Janine Klösener

Entschuldigt fehlten
Herr Kai Brumberg
Herr Ralf Hinterseer
Frau Gabriele Jäger
Herr Thomas Kurschilgen
Frau Annette Mann
Herr Carsten Scheunemann
Herr Martin Wiegelmann

Die Ausschussvorsitzende, Frau **Dyduch**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Frau Dyduch, dass ein Antrag der BG-Fraktion, unterzeichnet durch Herrn Kaminski, vorliege. Unter Hinweis auf die Geschäftsordnung werde im Kern eine Korrektur der Niederschrift begehrt.

Herr Kaminski wurde befragt, ob er einverstanden sei, dass dieses Schreiben verlesen werde, da es dem Jugendhilfeausschuss nicht insgesamt bekannt sei.

Dem stimmte Herr Kaminski zu.

Herr **Brüggemann** las dem Jugendhilfeausschuss das von Herrn Kaminski unterzeichnete Schreiben vor, mit dem er Widerspruch, gem. § 26 i. V. m. § 24 der Geschäftsordnung für die Sitzungen des Rates und der Ausschüsse, gegen die Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 29.01.2008 einlegt. Die Niederschrift solle eine gedrängte Wiedergabe des Verhandlungsverlaufes enthalten. Dies sei in der genannten Niederschrift nicht der Fall. Die übersandte Niederschrift sei unvollständig, denn sie enthalte nicht einen der von Herrn Kaminski, im Namen der BG-Fraktion, gemachten Sachbeiträge. Die Niederschrift erwecke lediglich den Eindruck, dass er an den Abstimmungen teilgenommen habe. Mit seinem Schreiben beantragte Herr Kaminski die Niederschrift zu vervollständigen und dem Jugendhilfeausschuss erneut vorzulegen.

Herr Brüggemann merkte an, dass konkrete Änderungswünsche in dem Schreiben nicht enthalten seien. Er verdeutlichte, dass es für den Jugendhilfeausschuss nicht leicht sei, über Änderungswünsche abzustimmen, die nicht klarer formuliert seien.

Nach der Geschäftsordnung, so Herr Brüggemann, sei über Änderungsanträge zur Niederschrift zwar in der jeweils nächsten Sitzung zu beraten und zu entscheiden, er empfehle Herrn Kaminski jedoch, seinen Antrag entsprechend zu modifizieren und erneut vorzulegen, falls der Jugendhilfeausschuss damit einverstanden sei.

Herr **Kaminski** hielt die Niederschrift für eine einseitige Stellungnahme. Er kritisierte, dass seine Wortbeiträge nicht korrekt wiedergegeben wurden und wünschte, dass sich auch kleinere Parteien in der Niederschrift wiederfinden sollen. Er erinnerte an seine Wortbeiträge in der letzten Sitzung.

Der Bitte, die wesentlichen Kerninhalte seiner Erklärungen mündlich anzugeben, konnte Herr Kaminski nicht entsprechen.

Gleichfalls lehnte Herr Kaminski das Angebot ab, seine Beiträge konkret zu verfassen und schriftlich vorzulegen.

Nunmehr leitete die Vorsitzende, nach Hinweis auf § 24 Abs. 6 der Geschäftsordnung, das Abstimmungsverfahren ein. Sie zitierte erneut den wesentlichen Antragstext und formulierte daraus den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Vervollständigung der vorgelegten Niederschrift der Jugendhilfeausschusssitzung vom 29.01.2008 um die Sachbeiträge des Herrn Kaminski und erneute Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung einstimmig abgelehnt

Herr **Kaminski** warf ein, dass dieser Beschlussvorschlag nicht im Sinne der BG-Fraktion sei.

Herr **Brüggemann** erwiderte, dass aus dem vorliegenden Schreiben hervorgehe, dass dies ein Antrag der Fraktion sei.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes - KiBiz - zum 01.08.2008 Sachstandsbericht der Verwaltung	
2	Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren hier: Benennung zweier Einrichtungen für die Jahre 2008 und 2009	058/2008
3	Familienservice für Familien mit Neugeborenen Sachstandsbericht der Verwaltung	
4	Zwischenbericht zum Produkthaushalt für das Jahr 2008 Produkte: 31.03.01 36.01.01 36.02.01 36.03.01	
5	Vorschlagliste für die Wahl der Jugendschöffen/innen für die Amtsperiode 01.01.2009 bis 31.12.2013	056/2008
6	Ferienaktionen 2008 Sachstandsbericht der Verwaltung	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes - KiBiz - zum 01.08.2008
Sachstandsbericht der Verwaltung

Kurz erläuterte Herr **Brüggemann** zum Einstieg, wie bereits in der letzten Sitzung von Herrn Güldenhaupt ausführlich dargestellt, die vom Fachbereich Jugend durchgeführte Bedarfsabfrage zu den Betreuungsstunden (Anlage 1).

Nach Auswertung des Anmeldeverfahrens sei festzustellen, dass sich die Eltern, wie nach der Bedarfsabfrage erwartet, eingebucht haben (Anlage 2 und 3). Ein besonderes Augenmerk sei hier auf die unter dreijährigen und integrative Betreuung zu legen.

In fünf Leitsätze lassen sich die Ergebnisse der ersten KiBiz-Anmelderunde zusammenfassen (Anlage 4). Wichtig sei, dass Tagespflege organisiert werden müsse, wenn die Platzkapazität ausgeschöpft sei. In diesem Zusammenhang gab Herr Brüggemann bekannt, dass sich die Altersstruktur in der Tagespflege (Stand 15.03.2008) wie folgt gestalte:

0 bis 3 – jährige = 39 Kinder

3 bis 6 – jährige = 16 Kinder

ab 6 Jahren = 22 Kinder

Mit zwei weiteren Folien stellte Herr Brüggemann die Entwicklung der Betriebskosten dar (Anlage 5 und 6). Aufgrund des Buchungsverhaltens und dem bis zur Planung nicht berücksichtigten behinderungsbedingten Mehraufwand für integrativen Kinder, sei ein Anstieg der Gesamtbetriebskosten von derzeit (nach GTK) 5,1 Mio. € auf künftig 6,6 Mio. € zu verzeichnen. Die daraus resultierenden Ausgaben für die Stadt kamen belaufen sich, bezogen auf das Jahr 2008, auf 5.680.000 €, etatisiert seien 5.640.000 €. Für das Haushaltsjahr 2008 sei dies noch zu schultern. Für 2009 müsse der Ansatz korrigiert werden.

Frau **Dyduch** dankte Herr Brüggemann für den Sachstandsbericht.

Zunächst bedankte sich Herr **Klanke** im Namen der SPD-Fraktion bei den Trägern und bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Er stellte fest, dass die neue Elternbeitragstabelle die Eltern nicht abschrecke und damit eine Verschiebung zu 25 Betreuungsstunden zur Folge gehabt habe. Herr Klanke fragt an, wie viele Plätze für die unterdreijährigen Betreuung zum 01.08.2008 zur Verfügung ständen.

Daraufhin antwortete Herr **Brüggemann**, dass in den Kindertageseinrichtungen 88 Plätze, in der Tagespflege rd. 40 und rd. 100 Plätze in Wichtelgruppen zur Verfügung ständen.

Frau **Scharrenbach** fragte nach, wie die unterdreijährigen Betreuung zum jetzigen Zeitpunkt aussehe.

Derzeit seien rd. 55 Budgetvereinbarungen geschlossen, so Herr **Güldenhaupt**. Zum 01.08.2008 sei die Verwaltung den Wünschen der Träger nachgekommen und habe fast jeder Kindertageseinrichtung die Einrichtung einer Gruppe der Gruppenform I (Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung) zugestanden, teilte er ergänzend mit.

Frau **Scharrenbach** merkte an, dass die Zahl der unterdreijährigen Betreuung in Kamen deutlich gestiegen sei. Die Auswertung der im Jahr 2003 durchgeführten Bedarfsabfrage zeigte zum damaligen Zeitpunkt keinen weiteren Bedarf. Nach Auswertung der jetzigen Anmeldezahlen sei dieser Bedarf vorhanden.

Frau Scharrenbach sprach den Anstieg der Gesamtbetriebskosten an. Hier entstehe eine Verpflichtung für die Verwaltung zu überprüfen, ob die gebuchten Betreuungsstunden überhaupt in Anspruch genommen werden.

Herr **Brüggemann** stimmte zu, dass die damalige Abfrage keinen starken Bedarf für den Ausbau der unterdreijährigen Betreuung erkennen lies. Zum Thema Elternbeiträge wies Herr Brüggemann darauf hin, dass mit der Beschlussvorlage 009/2008 eine Revisionsklausel eingebaut wurde, um eine erneute Diskussion nach einem Kindergartenjahr zu ermöglichen. Aber es sei zwingend notwendig, dass das Land zum Elternbeitragsdefizit-ausgleichsverfahren zurückkehre und eine einheitliche Elternbeitragstabelle wiedereinführe.

Finanzielle Aspekte sollen an dieser Stelle nicht diskutiert werden, so Herr **Kaminski**. Vielmehr erwarte die BG-Fraktion einen Bericht über die Gesamtsituation. Interessant sei die Fragestellung, warum Eltern 25 Stunden gebucht haben oder ob eher eine Vor- oder Nachmittagsbetreuung gewünscht werde.

Daraufhin erwiderte Herr **Brüggemann**, dass Eltern sich sehr bewusst für ein Betreuungskontingent entschieden haben. Die Kindertageseinrichtung stehe bei Entscheidungen beratend zur Seite.

Frau **Möller** erwähnte lobend, dass die Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes mit großem Engagement gelungen sei. Sie stellte fest, dass die Eltern „auf Nummer sicher“ gegangen seien und sich wie bisher eingebucht haben.

Herr **Ritter** bezog sich auf die Forderung von Frau Scharrenbach und erklärte, dass es Sache der Eltern sei, ob sie die gebuchten Stunden in Anspruch nehmen. Grundlage für die Gewährung der Betriebskosten-

zuschüsse sei der geschlossene Betreuungsvertrag und nicht die tatsächliche Anwesenheit.
Festzustellen sei, dass sich die Eltern intensiv mit der Wahl der Betreuungsstunden auseinander gesetzt haben.

Zu TOP 2.
058/2008

Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren
hier: Benennung zweier Einrichtungen für die Jahre 2008 und 2009

Herr **Güldenhaupt** berichtete, dass mit der AWO Kindertageseinrichtung „Atlantis“ und der Ev. Kindertageseinrichtung in der Otto-Prein-Straße bereits zwei Kindertageseinrichtungen zum Familienzentrum benannt worden seien. Damit seien die Stadtteile Kamen-Mitte und Kamen-Methler abgedeckt.

Da alle Kindertageseinrichtungen, die eine Bewerbung eingereicht haben, eine hervorragende Arbeit leisten, sei eine Bewertung schwierig gewesen. Hierbei verwies Herr Güldenhaupt auf die ausführliche Begründung in der Beschlussvorlage.

Nach eingehender Beratung habe sich die Verwaltung entschlossen, für das Jahr 2008 die AWO Kindertageseinrichtung „Villa Lach und Krach“ in Kamen-Heeren und gleichzeitig für das Jahr 2009 die DRK Kindertageseinrichtung „Monopoli“ in Kamen-Mitte vorzuschlagen.

Herr **Klanke** äußerte, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Als positiv anzusehen sei, dass alle Stadtteile nunmehr über ein Familienzentrum verfügen und auch der gewünschten Trägervielfalt Rechnung getragen werde.
Der Doppelbeschluss führe zu einer Entlastung der Kindertageseinrichtung, da diese sich für das Jahr 2009 nicht wieder erneut bewerben müssen.

Beide Einrichtungen leisten eine hervorragende Arbeit, so Frau **Möller**. Ihr fehle allerdings ein Konzept über Vergaberichtlinien.
Da nicht jede Kindertageseinrichtung in ein Familienzentrum umgewandelt werden könne, sei es sinnvoll über Verbundlösungen nachzudenken. Dies führe zu einer konstruktiven und effizienten Arbeitsweise und schone Ressourcen.
Frau Möller machte darauf aufmerksam, dass bislang nicht alle Stadtteile berücksichtigt worden seien. So fehle Südkamen und das Stadtzentrum von Kamen.
Sie merkte an, dass nicht klar sei, dass die Bewerbungen auch für 2009 zählten und fragte nach, ob alle Beteiligten informiert waren.

Herr **Güldenhaupt** antwortete darauf, dass Diskussionen über Verbundlösungen in Zukunft erfolgen müssen. Auf Grund der angestrebten Trägervielfalt und der gewünschten Stadtteildeckung hat sich die Verwaltung mutig für einen Doppelbeschlussvorschlag entschieden.

Herr **Kaminski** fragte, ob das der Beschlussvorlage beigelegte Formblatt der Niederschrift für jede Einrichtung in vollständiger Form beigelegt werden könne.

Herr **Güldenhaupt** entgegnete, dass diese Daten lediglich für die verwaltungsinterne Bewertung erstellt wurde. Auf Grund der umfangreichen und

differenzierten Informationen gestaltete sich der Abgleich schwierig. Ferner stehe es der Verwaltung nicht zu, Kindertageseinrichtungen in eine Rangfolge zu bringen.

Frau **Scharrenbach** dankte der Verwaltung für das transparentere Verfahren. Die CDU-Fraktion begrüße den Doppelbeschluss und verwies auf den Bericht der Verwaltung. Sie bereits jetzt für die Weiterentwicklung für das Jahr 2009 zu entscheiden gebe der Kindertageseinrichtung „Monopoli“ Planungssicherheit. Frau Scharrenbach wünschte den Familienzentren alles Gute.

Herr **Theiß** merkte an, dass die 12.000 € Landesmittel jährlich nicht ausreichend seien, um allen Anforderungen, die ein Familienzentrum erfüllen muss, gerecht zu werden.

Herr **Ritter** teilte mit, dass die Kindertageseinrichtung der Kirchengemeinde zu Heeren-Werve sich bewusst nicht beworben habe, da die geforderten Bedingungen aufgrund der geringen Personalreserve nicht erfüllt werden können.

Herr **Brüggemann** gab bekannt, dass die Verwaltung, in Kooperation mit den Trägern, ein gemeinsames Konzept für eine stadtweite Zusammenarbeit erstellen werde.

Frau **Scharrenbach** regte an, auch in den Trägerkonferenzen Politik zuzulassen, denn derzeit fände der Dialog zwischen Verwaltung, Träger und Politik nicht statt. Dem Jugendhilfeausschuss werden lediglich Ergebnisse präsentiert.

Alle Träger zusammenzufügen sei ein idealtypisches Bild, so Herr **Ritter**. Bei Verbundlösungen sei es sinnvoll, wenn jede Einrichtung einen eigenen Schwerpunkt in Vertretung für die anderen Kindertageseinrichtungen setze. Gut zu überlegen sei hier, in welchen Stadtteilen welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen.

Frau **Möller** betonte, dass bereits jetzt jede Kindertageseinrichtung, auch ohne Zertifizierung, ein kleines Familienzentrum sei. Um die Gütesiegelkriterien erfüllen zu können, stoßen die Mitarbeiter an ihre Grenzen. Wichtig sei, eine gemeinsame Arbeit zu leisten, damit nicht alle Einrichtungen das Gleiche anbieten. Beispielsweise Elternabende zu gleichen Themen.

Frau **Dyduch** merkte hierzu an, dass es Aufgabe des Fachbereiches sei, zu koordinieren wie sich die weitere Arbeit gestalten solle.

Herr **Güldenhaupt** ergänzte, dass für die Zukunft, gemeinsam mit den Trägern, über Verbundlösungen nachgedacht werde. Der Fachbereich werde diese Arbeit begleiten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Weiterentwicklung der AWO Kindertageseinrichtung „Villa Lach und Krach“ in Kamen-Heeren zum Familienzentrum für dieses Jahr und für 2009 die DRK Kindertageseinrichtung „Monopoli“ in Kamen-Mitte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Familienservice für Familien mit Neugeborenen
Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Güldenhaupt** wies auf die Sitzung im letzten Jahr hin, in der das Thema Familienservice bereits ausführlich diskutiert wurde. Kurz stellte er den neu entwickelten Flyer vor und erläuterte die Vorgehensweise des Familienservices. Leitgedanke des Familienservices sei der präventive Kinderschutz. Aufgabe sei es, Familien mit Neugeborenen frühe Hilfen anzubieten, vorhandene Angebote der Stadt Kamen vorzustellen, benötigte Informationen und Präsente weiterzugeben.

Die erste Kontaktaufnahme sieht folgendermaßen aus:

- Anschreiben vom Bürgermeister mit
- erstem Anschreiben vom Familienservice (mit Terminvorschlag) und nach Möglichkeit Hausbesuch
- ggf. zweites Anschreiben (mit erneutem Terminvorschlag) und zweiter Versuch, die Familien zu Hause zu erreichen
- wird dieser nicht wahrgenommen, wird das Informationsmaterial der Familie zugesandt

Der Familienservice solle voraussichtlich im Juni 2008 beginnen, so Herr Güldenhaupt. Frau Tech, als erfahrene Mitarbeiterin, werde ca. 300 junge Familien im Jahr aufsuchen.

Frau **Dyduch** dankte für den Sachstandsbericht.

Herr **Theiß** erkundigte sich, was mit den Eltern passiere, die auch den zweiten Termin nicht wahrnahmen.

Herr **Güldenhaupt** stellte nochmals auf die Freiwilligkeit des Angebotes ab. Jenen Familien, die diesen Service nicht in Anspruch nehmen, werde das Begrüßungspaket zugesandt.

Frau **Dyduch** merkte an, dass man Frau Tech eine gewisse Zeit gebe solle, um Erfahrungen sammeln zu können. Anfang des Jahres 2009 solle ein Erfahrungsbericht erfolgen.

Zu TOP 4.

Zwischenbericht zum Produkthaushalt für das Jahr 2008

Produkte: 31.03.01
36.01.01
36.02.01
36.03.01

Herr **Peske** berichtete, dass im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen keine gravierenden Veränderungen zu verzeichnen seien. Bezogen auf das Jahr 2008 könne jedoch mit Mehreinnahmen in Höhe von ca. 50.000 € gerechnet werden. (Anlage 7)

Bei dem Produkt „Förderung für Kinder in Kindertageseinrichtungen“ wurde darauf hingewiesen, dass im Aufwendungsbereich bestehende Abweichungen darauf zurückzuführen seien, dass die Buchungen der Betriebskostenabschläge für den letzten Monat noch nicht eingeflossen seien (Anlage 8).

Im Produkt „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ zeichnet sich ab, dass die erwarteten Erträge nicht erreicht werden. Grund hierfür sei, dass trotz steigender Fallzahlen ein Kostenbeitrag von den Eltern aufgrund des vorhandenen Familieneinkommens nicht oder nicht in der zu erwartenden Höhe gefordert werden könne. Die Aufwendungen haben bereits im 1. Quartal den anteiligen Ansatz bei weitem überschritten. Grund hierfür seien die seit Juli 2007 sprunghaft gestiegenen Fallzahlen, von 28 auf zur Zeit 40 Heimpflegefälle. Die Mehraufwendungen im 1. Quartal wurden mit ca. 100.000 € beziffert (Anlage 9).

Frau **Scharrenbach** teilte mit, dass Heimunterbringungen nicht allein durch Zuzug entstehen. Die steigende Tendenz sei erschreckend. Interessant sei die Altersstruktur.

Herr **Peske** erwähnte, dass die Kosten für ambulante Betreuung stiegen. Derzeit seien für 25 Familien externe sozialpädagogische Familienhilfe eingekauft.

Auf Nachfrage von Frau Scharrenbach, berichtete Herr Peske, dass Kinder nur bis zu einem gewissen Alter in Pflegefamilien betreut werden können. Danach bliebe nur die Heimunterbringung.

Frau **Dyduch** dankte Herrn Peske für den Bericht und bat darum, dass die Folien der Niederschrift beigelegt werden.

*Anmerkung des Schriftführers:
Der Teilergebnis- und Teilfinanzplan zum Produkt 36.02.01 wird der Niederschrift als Anlage beigelegt (Anlage 10).*

Zu TOP 5.
056/2008

Vorschlagsliste für die Wahl der Jugendschöffen/innen für die Amtsperiode 01.01.2009 bis 31.12.2013

Frau **Dyduch** teilte mit, dass die Vorschlagsliste für die Wahl der Jugendschöffen/innen für die Amtsperiode 01.01.2009 bis 31.12.2013 mit Einladung zugesandt worden sei.

Auf Nachfrage von Herrn Kaminski informierte Herr **Güldenhaupt**, dass nach den Vorgaben des Gesetzes Personen, welche die Voraussetzungen nicht erfüllen, nicht in der Vorschlagsliste aufgeführt seien.

Hierbei handele es sich um drei auswärtige Bürger, ergänzte Herr **Peske**.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss benennt die auf der vorgelegten Vorschlagsliste genannten Personen für die Wahl der Jugendschöffen/innen für das Jugendschöffengericht Unna und die Jugendkammer des Landgerichts Dortmund:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Ferienaktionen 2008
Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Dunker stellte ein paar der geplanten Ferienaktionen für 2008 vor:

- Schloss Dankern (aus alterstechnischen Gründen wird die Freizeit getrennt 9 – 11 und 11 – 14 jährige)
- Jugendfreizeit an die toskanischen Küste
- Ferienspiel „Mini-Kamen“
- diverse Angebote, wie ein Verkehrssicherheitstraining und ein Sport-Musik-Event

Herr Dunker gab den Hinweis, dass gemeinsam mit den Pfadfindern und Kamens Partnerstadt Sulecin (Polen) ein großes Sommerlager an der Gesamtschule stattfinden werde.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass der Förderverein der Jugendhilfe nunmehr seit 5 Jahren bestehe. Es sei beabsichtigt, im Herbst zu einer kleinen Feierstunde einzuladen.

Ferner berichtete er, dass in der Streetworkerarbeit des Fördervereins ein Mitarbeiter ausgeschieden sei. Das neue zweiköpfige Team werde in den nächsten Tagen die Arbeit aufnehmen und über die Presse vorgestellt.

Frau **Dyduch** gab bekannt, dass nach bisherigem Stand die Sitzung am 10. Juni 2008 nicht benötigt werde. Eine entsprechende Ausladung werde rechtzeitig zugesandt.

Anfragen

Herr **Klanke** fragte wie sich die Spielplatzplanungen in Kamen-Heeren und in Kamen-Methler, entwickle.

Herr **Güldenhaupt** gab bekannt, dass für beide Plätze jeweils 75.000 € im Haushalt etatisiert seien. Von der Planung her seien beide Spielplätze fertig. Zuerst werde der Spielplatz an der Ingeborg-Bachmann-Straße in Kamen-Heeren gebaut. Die Fertigstellung soll im Herbst 2008 erfolgen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer